

# Sächsische Vorfzeitung und Elbgaupresse

Fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 31307  
Tel.-Adresse: Elbgaupresse Blasewitz

Bank-Ronto: Nlg. Deutsche Creditbank, Blasewitz  
Post-Ronto: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen

der Amtshauptmannschaften Dresden-Alst. und Dresden-Neust., des Amtsgerichts Dresden, der Superintendentur Dresden II, des Forstrentants Dresden, sowie der Gemeinden Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Rochwitz, Bühlau, Weißig, Schönfeld, Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Dobritz, Laubegast.

Druck und Verlag: Elbgaupresserei und Verlagsanstalt Hermann Freyer & Co., Blasewitz. / Verantwortlich für die Schriftleitung: Otto Dr. Zimmermann, Dresden; für den Anzeigentel: Paul Vesold, Dresden.

**Blasewitz**  
Mittwoch, 29. Dezember 1920.

Anzeigen-Preis: die 6gespaltene Grundzeile oder deren Raum  
1.— Mark, im Viertel die Zeile 2.50 Mark, für Tabellen- und  
Schwierigen Satz 50% Zuschlag.  
Anzeigen-Aannahme für die nächste Nummer bis vorm. 11 Uhr

## Kommt nun die Einsicht?

W. B. Der Zwangswirtschaft kann man den Vorwurf nicht ersparen, daß sie nur an die Erfassung und Verteilung der vorhandenen gedacht, die Erhaltung und Förderung der Produktion aber völlig unberücksichtigt gelassen hat. Dadurch wurde ihr Erfolg von Jahr zu Jahr geringer. Der Schleichhandel entwickelte sich zu üppiger Blüte; die der Bevölkerung zugewiesenen Mengen verminderten sich immer mehr; die Erzeugung der heimischen Landwirtschaft ging zusehens zurück. Schon in der Mitte dieses Jahres hand die Bewirtschaftung von Fleisch und Kartoffeln nur noch auf dem Papier; man tat das Letzte, was noch zu tun übrig blieb, und hob für diese Lebensmittel die Verordnungen auf.

Nun stellt auch die Getreidebewirtschaftung kurz vor dem Zusammenbruch. Die diesjährige Getreideernte ist erschreckend gering, weil dem Boden nicht genügend künstlicher Dünger zugeführt werden konnte. Hinzu kommt, daß ein Teil der Landwirte sich der dem deutschen Volk drohenden Hungersnot nicht bemußt ist und in der Sucht nach Gewinn das Getreide im Schleichhandel verkauft oder durch Veräufierung gemüßbringender als bei der Ablieferung verwertet. Die der Reichsgetreidekasse aus dem Inland zustiegenden Mengen bleiben aus diesen Gründen bisher weit hinter den Erwartungen zurück. Der Zufuhr aus dem Ausland sind aber durch die geringe Kaufkraft der Mark Grenzen gesetzt; auch sind schon bei dem bisher für unbedingt notwendig erklärten Import von 2 Millionen Tonnen wenigstens 9 Millionen Mark nötig, um den jetzigen Marktpreis von 4,50 Mk. bis zur neuen Ernte aufrecht zu erhalten — nur aus Auslandsgeldtrelde beschafftes Brot würde nämlich 14,25 Mk. kosten! — Nun kommt alles darauf an, daß sämtliches im Inland verfügbare Getreide auch abgeliefert wird. Dazu ist eine großzügige Aktion zur Auffklärung der Landwirte über die Notlage der Brotversorgung in die Wege geleitet; auch soll ihnen billigeres Viehfutter geliefert werden. Sodann ist geplant, Schleier und Schleichhändler mit Zuchthaus und Vermögensbeschlagnahme zu bestrafen.

Den Erfolg dieser Maßnahmen muß man abwarten; sie sind gegenwärtig das einzige Hilfsmittel. Aber man muß auch an die Zukunft denken, damit sich eine solche Krise nicht wiederhole. Deshalb muß bereits jetzt alles geschehen, um die Produktion zu fördern. Wertvolles Land ist schon verloren, weil entgegen den Mahnungen einschüßlicher Warner die Düngemittel nicht bereits zur Herbstbestellung verbilligt wurden. Das muß nun sofort erfolgen. Die hier bereitgestellten Staatsmittel sind eine produktive Anlage, denn sie bleiben der deutschen Volkswirtschaft erhalten und verzinsen sich hoch. Ferner muß man das bisherige produktionshemmende System der Erfassung aufgeben. Freie Wirtschaft ist beim Getreide zwar noch nicht möglich; aber es gibt ein Mittel, welches trotz des Ablieferungszwanges zu möglichst großer Produktion reizt: das von Sachverständigen fast aller Parteien schon oft empfohlene Umlageverfahren. Hier muß von der mit Getreide bebauten Fläche eine besonders feuchtigende Mindermenge abgeliefert werden — und zwar zum Höchstpreis; für das aber, was darüber hinaus erzeugt wird, erhält der Landwirt einen höheren Preis, so daß sich der Mehraufwand rentiert und getrost gewagt werden kann.

Weiter die jetzige Not nun endlich, daß sich die verschiedenen Ministerien und Parlamente schleunigst einigen und parteipolitischen Interessen zurückstellen müssen, weil sonst Deutschlands Bevölkerung am Hunger zugrunde geht?

## Englische Geschäftspolitik.

W. B. Nach einer Berliner Nachricht haben englische Finanzkreise einen Plan zur Erleichterung der deutschen Kriegsschuldenschnittpflicht ausgearbeitet, wonach die Entschuldigungsanfrage in amerikanischer Währung zu zahlen sei, wodurch eine Entlastung der deutschen Mark eintritten würde. Den Export nach Amerika zur Befriedigung der erforderlichen amerikanischen Dollars würde die Entente zu fördern suchen. Dieser englische Plan würde allerdings eine wesentliche Entlastung für — England bedeuten.

Die deutsche Kriegsschuldfrage wird — wenn Deutschland überhaupt fähig sein sollte, Zahlungen zu leisten — von Verbund natürlich nicht in deutscher Papiermark, sondern nur in Gold oder in einer Verbund-Währung angenommen werden. Die betreffenden Verbund-Zahlungsmittel kann Deutschland sich nur durch Ausfuhr nach dem betreffenden Entente-Lande verschaffen. Hierfür kommen hauptsächlich Kohle, Kali und Erzeugnisse der Fertigungsindustrie (Maschinen, elektrische Apparate, Eisenbahnwagen und Lokomotiven) in Betracht. Durch diese erzwungene Einfuhr deutscher Erzeugnisse wird natürlich die Industrie des betreffenden Entente-Landes schwer geschädigt. Der englische Vorschlag will nun durch Abenkuna des deutschen Exports nach Amerika die anderen Absatzgebiete der englischen Industrie für die eigenen Erzeugnisse aufnahmefähig erhalten. Schon jetzt macht sich die Spa-Kohle für England sehr unangenehm bemerkbar, da Frankreich und Belgien große Aufräge für die teure englische Kohle zügig gemacht haben. Das verdrängt nicht bloß allgemein die englische Handelsbilanz, sondern trifft direkt den englischen Grubenarbeiter. Denn dieser erhält — der Erlösa seiner diesjährigen Kämpfe um die Sozialisierung der Bergwerke — ein Teil des Gewinnes aus dem Kohlenexport. Die Rückzahlung dieses Gewinnsausfalles der Arbeiter auf die innere Lage Englands ist nicht zu übersehen. Durch den deutschen Warenexport für Bedienung der Kriegsschuldfrage würde auch die übrige englische Industrie in England, Frankreich, Belgien und den übrigen europäischen Verbundländern ihr Absatzgebiet verlieren.

Seht dagegen nach dem englischen Vorschlag der deutsche Marktstrom nach Amerika, so erfolgen nicht nur diese

teile für die englische Industrie, sondern England macht überdies noch ein glänzendes Krantengeschäft. Denn die Schiffahrt zwischen Amerika und Deutschland ist seit dem Friedensvertrag in englischen Händen und muß englische Kohle verwenden. Natürlich ist das der amerikanischen Industrie schädlich, aber das stört den englischen Bundesgenossen wenig, freut ihn vielleicht gar. Dabei befindet sich schon jetzt Amerika in einer bedeutenden Wirtschaftskrise, weil die hohen Borträge an amerikanischen Baumwolle trotz der auf die Hälfte herabgeleiteten Preise nicht zu Gelde gemacht werden können. Amerika hat sogar für nächstes Jahr die Kalifornien aus Deutschland eingeführt, da die Farmer bei der Marktlage für Baumwolle kein Interesse an der Debing des Ertrages durch Kalidüngung haben und das Kali auch nicht bezahllen können. Amerika wird sich daher für den englischen Vorschlag, der die Wirtschaftskrise unendlich verschärfen muß, höchlich bedanken. Deutschland aber wird jetzt, wo es mit Amerika Sonderfrieden schließen will, keine Relation verschären, die wirtschaftlichen Nachteile der Kriegsschuldfrage gerade dem Lande aufzubürden, das vermutlich feinerer Ansprüche auf eine solche erheben wird.

## Grün, teurer Freund, ist alle Theorie ....

Die sozialistische Verantwortlichkeit in der Praxis.

Wir lesen in der „Germania“, dem Berliner Zentrumorgan: Theorie und Praxis bei der Sozialdemokratie sind bekanntlich zwei ganz verschiedene Dinge. Früher hat die Sozialdemokratie in allen Parlamenten nur gefordert, weil sie feinerer Verantwortung zu tragen hatte. Als sie da oder dort in Einzelparlamenten, besonders in Stadtwahlmationen, entscheidenden Einfluß erhielt, wurde sie vorläufiger. Und als ihr gar die entscheidende Verantwortung in der Reichertung zuteil, pochte die Praxis ganz und gar nicht mehr zu ihren jahrzehntelangen vertretenen Theorien. So achts aus in Berlin, wo die drei sozialdemokratischen Parteien die Weisheit haben und auch der Bürgermeister und Magistrat ein sozialistischer ist. Dieser Tage las man die von dem sozialistischen Bürgermeister angeordnete Magistratsverordnung, daß mit Rücksicht auf die erliche finanzielle Lage Veritas alle Ausgaben für die unentgeltliche Verabfolgung von Schulmitteln gestrichen werden sollen. Armer Heinrich! Schulz mit deinen sozialistischen Theorien! Was forderte er nicht alles in seinem Buche „Die Schulreform der Sozialdemokratie“! Man liest da, daß Klassen von fünf bis zehn Schülern geschaffen werden müßten, er bemerkt, daß auf dem schnellsten Wege die Handarbeiten stoffenüberfüllung beseitigt werden müßte. Schulz fordert weiter die „unentgeltliche Verpflegung aller (!) Schüler“, und zwar „auch für die höheren Schulen“ (S. 57). Er will Spezialkurse an die Schulen anschließen. Zogar die Kleidung soll auf Staatskosten für die Schüler geliefert werden (S. 72). Selbstverständlich wird er fordern Unentgeltlichkeit der Lehr- und Vermittel (S. 77). Das schulpflichtige Alter soll Schulz auf das dritte Jahr herabgesetzt werden und weiter obligatorische Vorbildungsstellen mit eigenen Schulhäusern und Lehrkräften“. Auch diese sollen alle Vergünstigungen behalten. Sehr einfach denkt Schulz die Ausführung: „Es muß in allen Staaten angestrebt werden, daß die gesamten Schulkosten auf den Staat übernommen werden“ (S. 214). Das alles und noch vieles andere konnte Theoretiker Schulz und sein Anhang fordern, weil die Bedienung der Unkosten anderen Parteien überlassen blieb. Je mehr man fordert, um so populärer war man bei der Masse und um so viel mehr konnte man auf die „bürgerlichen Parteien“ schimpfen. Jetzt ist man selbst in der Reichertung, jetzt hat man einen sozialdemokratischen Kulturminister, jetzt hat man in Berlin einen sozialdemokratischen Bürgermeister und die Magistrat, und nun kommt — nicht die Ausführung der jahrrelang verfochtenen theoretischen Pläne, sondern man „bunt ab“, es kommt das Verbot, Vermittel unentgeltlich abzugeben. Ja, ja, die Zeiten ändern sich und die Sozialdemokratie rechts, links und in der Mitte auch!

## Um Oberschlesien.

Die Abtammung in Oberschlesien steht vor der Tür; aber die Entente macht vorläufig noch allerlei Winkelzüge, um die klaren Bestimmungen des sogenannten Friedensvertrages über die Art der Abtammung zu umgehen oder zu ändern. Die Absicht ist klar und deutlich: Frankreich will es durchsetzen durchsetzen, daß dies in der Mehrheit von Deutschen bewohntem Land) an seinen lieblichen Polen fällt. Polen braucht Oberschlesien wirtschaftlich, seine reichen Kohlenblöcke, seine blühende Industrie, seine ertragsreiche Landwirtschaft können ihm sehr zuktun. Die polnische Presse hat auch gar kein Hehl daraus gemacht, daß es weit weniger die polnischen „Brüder“ sind, die locken, sondern der Reichtum des Landes. Was aus Oberschlesien werden würde, wenn es an Polen fiele, kann man aus dem heutigen Zustand der abgetretenen Gegendelchen sehen. Früher, hatte Polen Heberflus an Rohungsmitteln, die Städte blühten, Handel und Wandel gedieh; heute herrscht Rohungsmittelnot, in Polen und Bromberg mühen die Kaufhäuser aus Mangel an Waren schließen, das Land ist überdeckt mit Komarschpolen, die ihre „polnische Wirtschaft“ mitbringen. Der Oberschlesier muß sich dieses Bild vor Augen halten. Aber auch der nicht mehr dort Wohnende oder Abtammungsberechtigte, muß am Tage der Entscheidung seine Stimme für Deutschland abgeben. Das Land seines Vaters darf nicht in polnische Hände fallen. Nicht bloß Oberschlesien — gerade Deutschland bekäme die Folgen am ehesten seine bitter zu spüren.

Oberschlesien ist auch für das Deutsche Reich unentbehrlich. Elbgaupressen mit seinen Grabden ist verloren, das

Zargebiet mit seiner Kohle befeht und gesperrt, für die deutsche Industrie und die überrohen Anforderungen der Entente an Kohle leben uns nur noch das Ruhrkohlengebiet, Mitteldeutschland und Oberschlesien zur Verfügung. Falls Oberschlesien fort, so werden zwar die Lieferungen an Braunkohle nicht eingeschränkt oder gar eingeschränkt werden, sondern Deutschland wird die Kohle entzogen werden. Wir werden noch mehr frieren als bisher, wir werden noch mehr Arbeitseinschränkungen und Arbeitslosie haben wie bisher, die Not, die schon unerträglich ist, wird wachsen bis zu tragend einem bitteren Ende, das noch niemand kennt und niemand anzudeuten mag. Oberschlesien muß bei Deutschland bleiben, sonst steht die Existenz des Reiches auf dem Spiele. Daher muß jeder Abtammungsberechtigte seine Pflicht tun und auch die Nähe einer Reise im Winter nicht scheuen, um mitzukommen, das Land dem deutschen Vaterlande zu erhalten. Es würden auch sonst ungeheure Kulturwerte, welche Deutschland dort abgefallen hat, zugrunde gehen. Deutsche Arbeit hat das Land hochgebracht, deutsche Sitten und vor allem deutsche Mann herrscht überall. Es kann dem Oberfleischer selbst auch nicht schwer fallen, für Deutschland zu stimmen, denn die zugesicherte Autonomie arbt ihm im Rahmen des Reiches die Bewegungsfreiheit, die das Land zur Weiterentwicklung braucht. Ueber diese Autonomie und die von Polen versprochene soll hier noch vereisichsweise die Rede sein.

## Politische Nachrichten.

Was die Entente von Deutschland fordert.

Brüssel, 27. Dezember. So günstig auch die Verhandlungen der Brüsseler Konferenz in der Presse beurteilt werden mögen, sind doch die Forderungen, die die Allierten an Deutschland stellen, als ein schwerer Einritt in die deutsche Staatsverwaltung zu betrachten, da sich aus den Fragen ergibt, daß die Allierten die Vormandtschaft über Deutschland auch in der Zukunft nicht nehmen lassen wollen. Von den alliierten Sachverständigen sind u. a. 17 Punkte den deutschen Delegierten vorgelegt und eine ausführliche Verantwortung derselben verlangt worden. Wieweil dieser Eingriff in die innere deutsche Staatsverwaltung sich vorziehen wird, acht aus den Fragen selbst hervor: 1. Deutschland muß eingehende Auskunft über seine Politik bezüglich des Viehwesens erteilen. 2. Wie gedenkt Deutschland seine Schulden abzutragen und aus welchen Einkünften soll dies geschehen? 3. Auskunft über die deutschen Steuerverhältnisse und das Privatvermögen in Deutschland. 4. Wie hoch sind die Kosten der Regierungsbehörden für die Lebensmittelversorgung Deutschlands? 5. Nachweis über die neuen Einnahmen und Ausgaben der Post und der Eisenbahn. 6. Was kostet die allgemeine Staatsverwaltung und wieviel Beamte sind dort beschäftigt? 7. Genaue Angaben über die Ausgaben für die Befugungsarme. 8. Welcher Art und welchen Umfangs sind die Verluste, die Deutschland infolge der niedrigen Löhne der deutschen Arbeiter im Verhältnis zu fremden Ländern verlor? 9. Auslieferung der richtigen Statistiken des deutschen Handels bezüglich der Ein- und Ausfuhr. 10. In welcher Weise will Deutschland seinen Unterthanen die beschlagnahmten und konfiszieren Beständen in den feindlichen Staaten vergüten? 11. In welcher Weise hat Deutschland die infolge des Spa-Abkommens von den Allierten erhaltenen Vorhülle verwendet? 12. Inwieweit sind durch diese Vorhülle der Allierten die Lebensmittelverhältnisse der Bergarbeiter verbessert worden? 13. In welchem Verhältnis stehen die deutschen Steuern auf Bier, Tabak, Tee und Zucker zu denjenigen in Frankreich und England? 14. Wie hoch ist der Wert des deutschen Privatvermögens in neutralen Ländern? 15. Wie hoch stellt sich der jetzige Marktpreis, der in Deutschland von den Einwohnern und der Industrie gefordert wird? 16. Welche Aussichten bezug die deutsche Regierung über den Staatshaushalt der folgenden Jahre? 17. In welcher Weise und in welchem Umfang kann Deutschland in den nächsten zwei bis drei Jahren seine Steuern erhöhen? Außerdem ist noch von französischer Seite der Auftrag erteilt, den deutschen Staatsetat für das laufende Jahr genau zu unterlegen, wozu von deutscher Seite die erforderlichen Unterlagen gewahrt werden sollen. — Wenn deutschereits alle diese Fragen nach den Wünschen der Entente beantwortet werden und das verlangte Aktenmaterial zur Einsicht gegeben wird, dann sind alle deutschen Staatsgeheimnisse, worauf die Entente gerade hinzielt, ausgeliefert. Die Folge davon wäre das zucht, der deutsche Handel von den Allierten unmöglich gemacht würde und der Wiederaufbau Deutschlands unterdrückt über.

Reichskanzler Jehrenbach über den Ansluß Oesterreichs.  
Berlin, 27. Dezember. Reichskanzler Jehrenbach sprach sich einem Vertreter des „Neuen Wiener Tageblatts“ gegenüber folgendermaßen über den Ansluß Oesterreichs an Deutschland aus: Unsere eigenen Sorgen und Nöte haben uns für die Zeiten unserer österrischen Stammesbrüder nicht unempfindlich gemacht. Gerade die letzten Berichte der maßgebenden Persönlichkeiten in Oesterreich über die kranziellen Verhältnisse, unter denen dieser Staat zurzeit sein Leben fortbringt, haben uns mit aufrichtiger Teilnahme für unser Brudervolk erfüllt. Sie weden in uns den immer dringender werdenden Wunsch, daß das österrische Volk diese schwere Zeit bald überwinden haben möge. In seiner heutigen Bedrängnis kann es Zuversicht für die Zukunft aus der Laifade schöpfen, daß wir nie aufhören werden, uns mit den österrischen Brüdern eins zu fühlen.

Der Reichsverkehrsminister an die Eisenbahnbeamten.  
Berlin, 27. Dezember. Das Reichsverkehrsministerium hat gestern, wie die Abendblätter melden, unter Hinweis auf den Erlaß der Reichsregierung vom 17. 8. 1920, sich an die Eisenbahnbeamten gewandt, um nochmals den klaren und festen Standpunkt der Regierung zur Frage des